

# MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM DEZEMBER 2022



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.



## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

häufig verbietet sich der Umgang mit vielen Superlativen. Doch für das nun zu Ende gehende Jahr 2022 darf man getrost ein paar verwenden. Selten wurde der Bundestag mit so vielen Herausforderungen von größter Tragweite konfrontiert. Völlig zu Recht ist der von Bundeskanzler Olaf Scholz geprägte Begriff „Zeitenwende“ nach Putins Angriffskrieg als Wort des Jahres gekürt worden.

Ich finde, wir sind mit dieser Zeitenwende sowie mit den Nachwirkungen der Corona-Pandemie bestmöglich umgegangen. Als ich kürzlich gefragt wurde, welche Note ich der Regierungskoalition vergeben würde, war das eine Zwei Minus – die Leistungen entsprechen den Anforderungen.

2022 war auch für mich persönlich herausfordernd. Als ich vor einem Jahr zum finanzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion gewählt wurde, war nicht abzusehen, wie mannigfaltig die Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger ausfallen würden – ausfallen müssen! Denn es ist unser Credo, dass niemand zurückbleibt, gerade auch in unsicheren Zeiten.

# Steuerpolitik und Entlastungspakete

Mir und der SPD-Bundestagsfraktion war es wichtig, möglichst zielgenau all jene zu erreichen, die wirklich Unterstützung brauchen. Sei es durch eine **Heizkostenpauschale**, den **Kinderbonus**, das **9-Euro-Ticket** oder die vielen weiteren Maßnahmen der drei Entlastungspakete, die beschlossen wurden und alles in allem einen Umfang von über **100 Milliarden Euro** angenommen haben: Wir haben es geschafft, auf aktuelle und bevorstehende Engpässe zu reagieren, zugleich aber auch die langfristigen Pläne nicht vergessen, die im Koalitionsvertrag festgehalten sind. Gerade in den Herbstwochen ist vieles davon zeitlich zusammengefallen: Die letzte Stufe der **Erhöhung des Mindestlohns** hat gezündet, zum 1. Januar wird die größte **Erhöhung des Kindergeldes** in der Geschichte des Landes eingeführt, ebenso das **Bürgergeld**, das ein obsoletes Hartz IV-System ablöst. Gleichzeitig haben wir in der Energiekrise die **Energiepreispauschale** für all diejenigen ausgezahlt, die Lohn- und Einkommensteuer zahlen, außerdem nicht nur die **Gas- und Strompreisbremse** hinbekommen, sondern die Hilfen auf all jene ausgeweitet, die beispielsweise mit Öl und Pellets heizen. Auch Rentner haben im Dezember eine Einmalzahlung erhalten.

## Hilfen beim Heizen mit Öl und Pellets

Bei Heizarten, die nicht aus der Leitung kommen (z. B. Öl, Pellets, Briketts), können **80 % der Preissteigerungen, die das Zweifache des durchschnittlichen Vorjahrespreises übersteigen**, erstattet werden.

Wer 2021 eine Rechnung von 1.000 Euro für Heizöl hatte, bis zum Stichtag 01.12.2022 aber 3.000 bezahlen musste, soll 800 Euro erstattet bekommen.

Die Auszahlung soll über die Bundesländer erfolgen.

Jahressteuergesetz

## Mehr Netto vom Brutto

**SPD**  
Fraktion im Bundestag

- Homeoffice-Pauschale:**  
Anhebung von 600 auf max. 1.260 €
- Ausbildungsfreibetrag:**  
Erhöhung von 924 auf 1.200 €
- Sparer-Pauschbetrag:**  
Erhöhung von 801 auf 1.000 €
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende:**  
Anhebung von 4.008 auf 4.260 €

Auch das Jahressteuergesetz 2022 umfasst viele positive Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger: Mit der Entfristung und Erhöhung der Home-Office-Pauschale und der Zusammenlegung mit der Regelung zum häuslichen Arbeitszimmer verbessern und entbürokratisieren wir das Arbeit von zuhause. Steuerliche Anreize für die Erneuerbaren Energien und den Wohnungsbau werden einen Beitrag leisten, um unsere Ziele aus dem Koalitionsvertrag zu erreichen. Und mit der Reform der sog. Immobilienwertermittlungsverordnung tragen wir dazu bei, dass in der Erbschaftssteuer alle Vermögensarten gleich behandelt werden. Das war eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts, die wir jetzt umsetzen.

Wir müssen dem CSU-Populismus mit sauberen Argumenten entgentreten

Hier eine dringende Bitte: Allzu oft werden in der Presse und manchmal auch von Genossinnen und Genossen lobbygetriebene Erzählungen übernommen. Die Berichterstattung zur vermeintlichen Erhöhung der Erbschaftssteuer ist ein Beispiel dafür. Leider musste ich feststellen, dass auch Journalistinnen und Journalisten, die zu diesem Thema berichten, die Änderungen oft nicht vollumfänglich verstanden haben und deshalb für populistische Argumente zugänglich sind. Es ist unsere Aufgabe, diesem Populismus mit Basiswissen und sauberer Argumentation zu begegnen – ganz besonders mit Blick auf die Landtagswahl im kommenden Jahr.

# Wird nun mit den Änderungen Omas Häuschen wegversteuert? Müssen Erben ihr Haus verkaufen, um die Erbschaftssteuer zu zahlen?

## Natürlich nicht!

Aber zunächst einmal einige Zahlen: 50 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erben gar nichts, oder höchstens Schulden. Nicht selbst genutzte Immobilien gehören nahezu vollständig den reichsten 30 % der Bevölkerung. Von den 400 Milliarden Euro vererbtes Vermögen werden nur gut 118 Milliarden besteuert, was einem Steueraufkommen von gut 10 Milliarden Euro bzw. einem Steuersatz von 2,7 % entspricht. Zum Vergleich: Der Steuersatz in der Einkommenssteuer für einen Durchschnittsverdiener beträgt 23 %. Wir führen eine sehr verzerrte, von großen Vermögensinteressen bestimmte Debatte. In vielen Fällen wird es gar keine Erhöhung im Vorher-Nachher-Vergleich geben, in fast allen anderen Fällen wird dieser nur marginal sein.



Nach wie vor wird es möglich sein, eine Immobilie vor dem Todesfall zu verschenken, mit steuerlichen Freibeträgen alle 10 Jahre von 400.000 Euro pro Elternteil und Kind. Und nach wie vor ist es möglich, die Erbschaftsteuer für Mietshäuser über 10 Jahre zu stunden. Es ist übrigens Populismus in Reinform, wenn Markus Söder gegen diese Änderungen klagen will.

Abgesehen davon, dass Herr Söder damit gegen Herrn Seehofer klagen will. CSU gegen CSU also. Denn die neue Immobilienwertermittlungsverordnung hat Bundesinnenminister Seehofer in der vorigen Legislaturperiode auf den Weg gebracht.

---

Hier noch der Link zu einem guten Beitrag zur Versachlichungen der Debatte. Prof. Dr. Anzinger von der Uni Ulm: „... es ist fraglich, ob ausgerechnet bei den Erbschaften die Steuern gesenkt werden können.“ [#verteilungsgerechtigkeit](#)

**Erbschaftsteuer: Bayerns Vorstoß scheitert - Experte entwarnt | BR24**

# Konflikte mit ungewissem Ausgang

Leider sieht es so aus, dass der Krieg in der Ukraine noch länger andauern wird, und dieser zeigt in einem kalten Winter noch einmal eine ganz besonders hässliche Fratze. In Kiew und an vielen anderen Orten kam es kürzlich zu lang anhaltenden Blackouts und zu Raketenangriffen. Wir haben der Ukraine von Beginn an den Rücken gestärkt. Wir werden das auch weiterhin zu tun. Und gleichzeitig ist es richtig, wenn der französische Präsident Macron und auch Olaf Scholz die Gesprächskanäle nach Russland offenhalten. Neben der militärischen Unterstützung müssen humanitäre Hilfe und Friedensgespräche weiterhin unsere Ziele sein. Ebenso ungewiss ist der Ausgang der Proteste in Iran, wo man den Mut der Bevölkerung, insbesondere der protestierenden Frauen, gar nicht hoch genug einschätzen kann.

Die SPD hat zur Situation in Iran übrigens eine Resolution verfasst. Um sie komplett zu lesen, einfach auf das Bild klicken.

Resolution der SPD - beschlossen am 6. November 2022

**SPD**

## RESOLUTION ZU DEN PROTESTEN IM IRAN

Die SPD verurteilt die brutale Niederschlagung der Proteste in der Islamischen Republik Iran aufs Schärfste. Hunderte von Toten, politische Morde, unzählige Verletzte und zehntausende Gefangene, denen drakonische Strafen bis hin zur Todesstrafe drohen, sind erneuter Ausdruck der menschenverachtenden Ideologie und Gewalt des iranischen Regimes.

Die SPD spricht ihre volle Solidarität mit den Protestierenden aus. Dabei gedenken wir der nur 22 Jahre alt gewordenen Jina Mahsa Amini, die im Gewahrsam der sogenannten Sittenpolizei am 16. September mutmaßlich ermordet wurde. Ihr brutal herbeigeführter Tod war Auslöser für die größten Proteste in der Islamischen Republik Iran seit vielen Jahren. Er darf nicht ungeahndet bleiben und muss deshalb restlos aufgeklärt werden. Ein Teil des Protestes begreift sich mittlerweile offen als Revolutionsbewegung. Die zahlreichen Demonstrationen werden von Mädchen und Frauen angeführt, die unter dem Motto "Frauen, Leben, Freiheit" gegen ihre Unterdrückung und den staatlichen Repressionsapparat auf die Straße gehen und dafür bewusst ihr Leben riskieren. Daraus haben sich Demonstrationen in allen Teilen des Landes und über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg gebildet. Auf diesen Mut blicken wir mit Hochachtung.

Die SPD unterstützt die Forderung der Protestierenden nach einem fundamentalen politischen Wandel im Iran. Die Demonstrierenden stehen für die demokratische Beteiligung der Bevölkerung an der Gestaltung des Landes. Sie fordern Gleichberechtigung, ein selbstbestimmtes Leben und politische Freiheiten. Kurzum: elementare Menschenrechte, die ihnen die Islamische Republik schon seit Jahrzehnten verwehrt. Die mutigen Menschen Irans stehen, unter Einsatz des eigenen Lebens, somit auch für Werte ein, die die Sozialdemokratie teilt.

**Die SPD fordert:**

### SOLIDARITÄT

Als Sozialdemokrat\*innen unterstützen wir die Anliegen der Protestierenden. Wir solidarisieren uns und greifen ihre Forderungen auf. Wir geben ihrem Schicksal Sichtbarkeit, auch jenseits von Hochphasen medialer Berichterstattung. Ebenfalls erklären wir uns solidarisch mit den Anliegen der Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten in Iran, die Gleichberechtigung einfordern.

### DIPLOMATISCHER PROTEST

Die Bundesregierung soll sämtliche bi- und multilateralen Kanäle nutzen, um diplomatisch gegen das Vorgehen des Regimes in Iran zu protestieren. Solange das iranische Volk durch brutale Gewalt an seiner Freiheit eingeschränkt wird, kann es keine normalen Beziehungen mit dem iranischen Regime geben.

### EU-MENSCHENRECHTSSANKTIONEN

Weitere Sanktionen auf EU-Ebene gegen zusätzliche Verantwortliche für das gewaltsame Vorgehen des iranischen Regimes gegen Demonstrierende sollen vorbereitet werden. Wir setzen uns in der Bundesregierung dafür ein, dass EU-Sanktionen gegen jene verhängt werden, die für Menschenrechtsverletzungen in Iran verantwortlich sind. Genutzt werden soll hierfür der an die amerikanischen „Magnitsky-Gesetze“ angelehnte EU-Sanktionsmechanismus. Dabei sollen auch Personen einbezogen werden, die in den Revolutionsgarden und bei den Basidsch-Milizen Verantwortung für Gewalt gegen Protestierende, Oppositionelle und Andersdenkende tragen.

*Erst vor ein paar Tagen habe ich eine Email erhalten, in der eine Bürgerin den anstrengenden Satz „Darf man das noch sagen?“ fallen ließ – es ging um Abschiebungen aus Deutschland, von denen diese Dame gerne noch mehr hätte (auch zu diesem Thema komme ich gleich noch). Angesichts der Folterungen und Hinrichtungen in Iran frage ich mich, was Menschen in unserem Land dazu bewegt, solche Sätze zu sagen und zu schreiben. Offenbar fühlen sich manche in ihrer Freiheit eingeschränkt, wenn – was in den kommenden Monaten durchaus passieren kann – uns Flüchtlinge aus Iran erreichen, weil sie Folterungen und Todesstrafen entgehen wollen. Wir werden den Menschen, die Hilfe brauchen, auch Hilfe gewähren – gerade in den Tagen vor Weihnachten will ich das betonen.*



# Das Chancen-Aufenthaltsrecht kommt



Es hat aufgrund der krisenhaften Ereignisse ein wenig länger gedauert, doch in wenigen Tagen tritt auch das Chancen-Aufenthaltsrecht in Kraft. Das bedeutet: Geduldete Personen, die zum Stichtag 31. Oktober 2022 seit fünf Jahren ohne sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland lebten, sollen für 18 Monate das neue Chancen-Aufenthaltsrecht erhalten. In dieser Zeit können sie ein reguläres Bleiberecht erwerben, indem sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen. Das betrifft aktuell rund 137 000 Menschen in unserem Land.

Eigentlich habe ich als Finanzpolitiker mit diesem Thema im politischen Alltag wenig zu tun. Eigentlich. In meinem Wahlkreis ist dies jedoch ein wichtiges Thema. Namentlich im Landkreis Dachau, wo sich in den vergangenen Monaten gezeigt hat, wie wichtig es ist, mehr Klarheit in Bezug auf das Bleiberecht zu schaffen.

Der Fall der Familie Esiovwa hat mich besonders empört. Zur Erinnerung: Drei Kinder und ihre Eltern wurden Mitte Juli in einer nächtlichen Aktion von zu Hause abgeholt und in einen Flieger gesetzt. Die Familie hat mir später eine Vollmacht zugeschickt, dank der ich die Möglichkeit hatte, ihre Akten einzusehen und mir ein genaues Bild darüber zu machen, wie das Landratsamt auf diese Abschiebung hingearbeitet hat.

Meiner Meinung nach war diese Abschiebung nicht nur nicht nötig, sie war rechtswidrig. Die Empörung in der Bevölkerung über diesen Fall könnte nun umschlagen in konkrete Hilfe: Vielleicht schaffen wir es, mithilfe eines humanitären Visums die Familie zurückzuholen, dorthin, wo sie von vielen vermisst wird, wo sie gut integriert war. Dafür muss der Landrat allerdings seinen Fehler eingestehen und sich einen Ruck geben. Doch die Bereitschaft zu helfen in der Bevölkerung ist da: Mehrere Bürgerinnen und Bürger haben sich allein schon bei mir gemeldet, um eine mögliche Rückholung mit zu finanzieren!

Es gibt leider weitere Fälle im Landkreis Dachau wie jenen von Sane Sadibou, die aufzeigen, wie mit Hintertürchen der Weg bereitet wird für Abschiebungen, die offensichtlich gewollt sind.

*Auch in diesem Fall gilt: Man darf sich von CSU-Politikern nichts erzählen lassen. Einem Landrat sind bei einer Abschiebung nicht „die Hände gebunden“, wenn er Abzuschiebenden Handschellen anlegen lässt. Stets gibt es humanitären und auch gesetzlichen Spielraum. Wenn sie diesen nicht nutzen und gleichzeitig mit dem Finger auf andere zeigen, dann gilt es, Verantwortung klar zu benennen. Und für das einzustehen, wofür unsere Partei steht: für soziale Gerechtigkeit.*

Hier ein Link zu einem ausführlichen Interview , das der Merkur Dachau mit mir zu diesem Thema geführt hat:

<https://www.merkur.de/lokales/dachau/dachau-ort28553/warum-familie-esiovwa-noch-hier-sein-sollte-91969783.html>

## Unter dem Thema "Vermischtes" noch diese Meldung:

In 2022 konnte ich übrigens einigen Studenten die Möglichkeit geben, mir bei der Arbeit im Bundestag und im Wahlkreisbüro über die Schulter zu schauen. Im Rahmen ihres Studiums haben sie bei mir ein sechswöchiges Praktikum absolviert und mich während



dieser Zeit unter anderem zu AG- und Ausschusssitzungen begleitet, Plenarsitzungen verfolgt und am PraktikantInnenprogramm der SPD-Fraktion teilgenommen. Danke an Christoph, Johannes, Simon und Annika für euer Interesse und euer Engagement. Es hat Spaß mit euch gemacht!



Ich wünsche euch allen nun besinnliche, frohe, friedliche Feiertage und einen guten Rutsch!  
Ich hoffe, dass 2023 ein Jahr mit mehr guten Nachrichten und positiveren Herausforderungen werden wird.

Euer

Michael Schrodi, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,  
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodi.wk@bundestag.de



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.